

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmönatlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inderdeutschen Verkehr monatlich 1.80 M. : Einzelnummern 10 Pfg. Direktkonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Faber & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beitzelle oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einchl. Inf.-Steuer. Reklamizelle 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auslieferung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gad in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 60

Februar 1924

Wildbad, Dienstag, den 11. März 1924

Januar 1924

Jahrgang 59.

## Die Befehungskosten

Eine Anfrage des deutschnationalen Abg. Hergt im Reichstag veranlaßt den Finanzminister einige ziffenmäßige Auskünfte zu geben über die Höhe der Befehungskosten und der Ausgaben für all die sonstigen Anforderungen, die von den Befehungsbehörden gestellt werden. Daraus ergibt sich, daß allein für die reinen Befehungskosten bis Ende 1923 ein Betrag aufgewendet worden ist, der die Gesamthöhe der französischen Kriegsschädigung von 1870/71 ganz beträchtlich übersteigt. Der Finanzminister stellt im einzelnen fest:

Die inneren Befehungskosten, die von Deutschland neben den sonstigen Entschädigungsleistungen, aber ohne Zutritt auf Entschädigungskonto, in bar bezahlt werden mußten, beliefen sich bis Ende 1922 auf 911 328 184 Goldmark; im Kalenderjahr 1923 418 414 836 Goldmark, insgesamt also: 1 329 743 020 Goldmark.

Die sogenannten äußeren Befehungskosten, die Deutschland auf Entschädigungskonto belastet werden, belaufen sich daneben vom Waffenstillstand bis Ende 1922 auf 3 520 359 395 Goldmark, im Kalenderjahr 1923, da amtliche Mitteilungen darüber noch fehlen, schätzungsweise auf 248 000 000 Goldmark, insgesamt: 3 768 359 395 Goldmark. Die Verbündeten haben sich in den Jahren 1922 und 1923 an den im sogenannten Finanzministerabkommen vom 11. März 1922 vereinbarten Höchstbetrag der nicht unter Art. 8 bis 12 des Rheinlandabkommens fallenden Befehungskosten von 220 Millionen Goldmark nicht gehalten. Seit Januar 1923 haben Beschlagnahmen von öffentlichen und privaten Geldern durch die Befehungsmächte als Ersatz für die seit Januar 1923 eingestellten Wart-Verkaufszahlungen in etwa 370 Fällen in Höhe von insgesamt schätzungsweise 50 Millionen Goldmark stattgefunden. Die aus anderen Anlässen (z. B. Einziehung von Poststrafen, Kontributionen aus Anlaß von Sabotageakten usw.) beschlagnahmten Summen sind hierin nicht enthalten.

Es treten zunächst hinzu die Naturalieferungen. Es wurden ferner bisher jährlich folgende Verpflegungs- und Futtermittel an die Befehung geliefert: rund 48 000 Tonnen Hafer, 33 000 Tonnen Heu, 28 000 Tonnen Stroh, 10 000 Tonnen Kartoffeln, davon deren Hauptanteil für die Franzosen, 1350 Tonnen Zucker, 800 Tonnen Salz, 6650 Tonnen Melassefuttermittel, 4750 Tonnen Futtermöhren und 17 800 Tonnen Weizen.

Es ist zutreffend, daß die französisch-belgische Bahnverwaltung für die Befehung dieser für die Befehungstruppen bestimmten Verpflegungs- und Futtermittel, wie überhaupt für alle, auch aus anderen Anlässen notwendig werdenden Bahntransporte Bezahlung der Frachtkosten in „Regie-Franco“ verlangt.

Zu alledem kommen noch die Anforderungen für Kasernen und sonstige Bauten, für Wohnungen und deren luxuriöse Ausstattung. Welchen Umfang sie einnehmen, dafür gibt der Finanzminister lediglich für die allerneueste Zeit folgende Zahlen: Die Aufwendungen für diese Zwecke seit dem 1. Oktober 1923 belaufen sich auf das abgefahrene Gebiet auf 29 212 438 Goldmark, für das neubefahrene Gebiet auf 212 219 Goldmark. Für das neubefahrene Ruhrgebiet liegen zurzeit noch Anforderungen für Kasernenbauten, Ställe, Wohnhäusern, Kinos usw. vor im Betrag von rund 25 Millionen Goldmark.

Hierzu kommen vollständig auszustattende Quartiere für Generale (Einsammlerhäuser), Wohnungen für Obersten und Offiziere niedriger Dienstgrade, Schulgebäude und Fabriken, die als Truppenunterkünfte benutzt werden sollen und ausgebaut und ausgestattet werden müssen, an den genannten und anderen Orten, sowie die ständigen Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Instandhaltung der Quartiere und Wohnungen.

Aus dem „Industrieabkommen“ ziehen die Befehungsmächte nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers: an Kohlen (unter Zugrundelegung der Förderung von 1921) etwa 50 Millionen Goldmark monatlich, an Braunkohlen 2½ Millionen, an Farb- und anderen chemischen Stoffen 4½ Millionen, an Stickstoffdünger usw. 6 Millionen. Neuerdings hat die feindliche Ingenieur-Kommission derartige „Lieferungsverträge“ auch mit der Holzindustrie des besetzten Gebiets abgeschlossen. Diese Lieferungsverträge sind ein Zwang und das Reich soll den Industriellen die Lieferungen erschweren. Die Annahmen der Lieferanten sind noch nicht im ganzen Umfang bei der Reichsstafie eingegangen, der Reichsminister glaubt aber die Gesamtbelastung des Reichs aus dem Industrieabkommen bis Mitte April d. J. auf 200 Millionen Goldmark schätzen zu müssen.

## Tagespiegel

Die Parteiführer des Reichstags sind vom Reichskanzler zu einer Besprechung der Note des Pariser Völkervertrags geladen worden.

Der Reichsjustizminister wird kommunistische Anfragen wegen Entschädigung von 921 Kommunisten während des Belagerungszustands und wegen Strafrechts für politische Verurteilungen ablehnend beantworten.

In London ist die Nachricht eingelaufen, die Araber haben den König Hussein von Transjordanien zum Kalifen, d. h. zum geistlichen Oberhaupt aller Mohammedaner ausgerufen.

Die römische „Tribuna“ meldet, der Vatikan werde die Anerkennung der Moskauer Sowjetregierung in irgend einer Form aussprechen, um eine Erleichterung der Lage der Katholiken in Rußland zu erwirken.

## Ein Ultimatum

Die fünf neuen Forderungen.

Die Note der Verbündeten über die neue Militärüberwachung hat in allen politischen Kreisen Deutschlands Bestürzung und Empörung hervorgerufen. Sie bedeutet einen schweren Schlag in dem Augenblick, da Stresemann schon den „Silberstreifen am Horizont“ zu bemerken glaubte. Sie ist nichts anderes als die abgefeuerte britische Denkschrift mit einigen ganz unwesentlichen Änderungen. Ihren Kernpunkt bildet die Androhung, daß die Militärüberwachung unverzüglich in Deutschland wieder aufgenommen werden wird. Und nur, wenn die deutsche Regierung zu der Nachprüfung der Rüstungsbestände und der Durchführung der endgültigen Abrüstung die Hand biete und ferner, wenn dabei nichts Anstößiges gefunden werde, dann erst könne man über den Ersatz der Kommission durch ein „Garantiekomitee“ mit beschränktem Personalstand sprechen.

Das ist trotz der verhältnismäßig höflichen Form, in der die Note gehalten ist, ein klares Ultimatum. Damit über die Entschlossenheit des Verbands, Deutschland wieder einmal gründlich zu demütigen, kein Zweifel besteht, werden von der Berliner Regierung „zufriedenstellende Versicherungen“ über fünf Punkte verlangt. Diese fünf Punkte sind nicht dieselben, die General Rollet in seiner letzten Note vom 18. Dezember 1923 aufstellte, aber sie sind genau so überflüssig und quälerisch wie jene.

Wozu „Umgestaltung der Schulpolizei“? Den Bestimmungen des Artikels 162 des Versailler Vertrags ist von deutscher Seite voll entsprochen. Die „Umstellung der deutschen Fabriken auf Friedensleistungen“ ist anerkanntermaßen längst durchgeführt. Das „verbotene Material“, dessen die deutsche Regierung nur irgendwie habhaft werden konnte, ist ausgeliefert. Was die Auslieferung des „statistischen Materials“ über die deutsche Militärdiener zur Zeit des Waffenstillstands“ anbelangt, so kann nur immer wieder versichert werden, daß von jenem Material nichts Brauchbares mehr vorhanden ist; damals herrschten ja die Arbeiter- und Soldatenräte! Endlich die „Anpassung des Rekrutierungssystems und der Heeresorganisation an die Bestimmungen des Friedensvertrags“: Was paßt den Herren von der Kommission noch nicht? Hatten sie nicht Zeit und Gelegenheit genug, sich von der biedereren, mehr als biedereren Anpassung der deutschen Behörden an die Wünsche des Verbands zu überzeugen?

Minister Dr. Stresemann hat am Donnerstag dieser Woche im Reichstag eigentlich schon alles Nötige gegen die zu jenem Zeitpunkt noch nicht veröffentlichten Verbandsnote vorgebracht. Nämlich: die deutsche Abrüstung sei seit Frühjahr 192 beendet. Das sei nicht eine bloße Behauptung der deutschen Regierung, sondern das habe beispielsweise die englische Regierung im Frühjahr 1923 im Unterhaus wiederholt bestätigt. Sogar General Rollet habe es im Schoß seiner Kommission zugegeben, wie man aus dem bekannten Buch des Generals Allan wisse. Alle Behauptungen über Rüstungsstände in der deutschen Abrüstung seien französische Quertreibereien mit der Absicht, die Vorstellung zu erwecken, als stelle unser Rüstungsstand eine Gefahr für Frankreich dar. Jedenfalls, so erklärte Stresemann, habe das Garantiekomitee keine Begründung im Versailler Vertrag. Keine deutsche Regierung könne es dulden. An der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, über die früheren Nachforderungen der Ueberwachungskommission zu verhandeln, hat die englische Presse in ihren neuesten Äußerungen mit merkwürdigem Eifer ein „Daily Telegraph“, „Times“ und „Daily News“ verlangen von der Berliner Diplomatie „veröhnendes Entgegenkommen“. „Daily News“ will der deutschen Regierung den Eigenstinn ausreden, mit dem sie auf „Fragen zweiten Ranges“ herumtreibe. Das seien nämlich die Umgestaltung der Militärüberwachung und die Herabsetzung der „an sich finanziell nicht besonders schwer wirkenden“ Entschädigungsabgabe.“ Der diplomatische Be-

richterlicher des „Daily Telegraph“ nennt es geradezu Keinsich von Stresemann, wenn dieser den Versailler Vertrag gegen den Garantiekomitee ausspiele. Wie stark muß da wieder der französische Einfluß in London gearbeitet haben, um einen solchen Angriff gegen den deutschen Rechtsstandpunkt hervorzubringen! Bleibt nur die Frage: Deckt Mac Donald den Schritt der Völkervertragskonferenz mit seinem Namen und seiner Post? Davon hängt alles weitere ab.

## Der Hitlerprozeß

Zehnter Verhandlungstag  
Schluß

Die „weiß-blaue“ Gefahr. Haftbefehl gegen Ludendorff  
München, 9. März.

Generalleutnant a. D. von Hildebrandt fährt fort: Ludendorff begab sich in die Umgebung Mitters, wo der Plan über einen etwaigen Rückzug nach Rosenheim besprochen wurde: General Ludendorff verwarf diesen Gedanken, weil er sich sagte, das Unternehmen ist hin, jetzt heißt es, der ganzen Welt zu zeigen, daß wir der völkischen Regierung treu bleiben. Es wurde dann der friedliche Zug mit fliegenden Fahnen in die Stadt beschloffen, vor an der Feldherrnhalle mit Blut und Tod endete. In den Zeitungsberichten las ich, daß General Ludendorff in seiner Verteidigung die Unterstellung, er habe von einer weiß-blauen Gefahr gesprochen, zurückwies. Ich kenne die Denkschrift Ludendorffs genau. Das hat mich am meisten ergreift, daß eine solche Anschuldigung gegen ihn erhoben wurde, denn ich weiß, wie sehr Ludendorff mit mir übereinstimmt in der höchsten Verehrung für das Haus Wittelsbach, in der Bewunderung des tapferen bayerischen Heers und in der Liebe zum treuen bayerischen Volk. Neben verwandtschaftlichen Rücksichten waren es keine Empfindungen für Bayern und sein Königsbau, die ihn veranlaßten, keinen Wohnort in Bayern zu nehmen.

Ludendorff hat die beiden christlichen Bekenntnisse völlig gleichgestellt. Er sagte mir, er lasse jeden nach seiner Passion sein werden. Ludendorff ist überhaupt von einer echten, tiefen Frömmigkeit befeelt, wie ich sie noch kaum bei einem Kameraden gesehen habe. Es liegt ein tiefer Ernst in seinem Leben. Schon aus christlichen und religiösen Gründen hätte Ludendorff niemals die Katholiken hinter die Drahtgitter gestellt; er hat im Gegenteil beide Kirchen in ihren Segnungen gleich hoch bewertet.

Rechtsanwalt Schramm: Es ist General Ludendorff von gewisser Seite vorgeworfen worden, er sei von Ehrgeiz befeelt. Was hält der Herr Zeuge, der ihn genau kennt, davon?

Generalleutnant Hildebrandt: Ich habe selten einen höher gestellten Offizier gesehen, der mit so wenig Ehrgeiz befeelt war wie Ludendorff. Seine Tochter erzählte mir vor einigen Jahren, ihrem Vater (Ludendorff) sei im Krieg der erbliche Adel angeboten worden. Ludendorff lehnte ihn ab mit den Worten: „Ich frage den Namen meines Vaters weiter.“

Rechtsanwalt Kohl: Herr General v. Hildebrandt hat vorhin von der weiß-blauen Gefahr gesprochen. Ich bin in der Lage, Aufklärung darüber zu geben, wie es überhaupt kam, daß Erz-Ludendorff diese Worte in den Mund gelegt wurden. Ich bin gestern abend mit einigen jungen Herren zur Infanterieschule und besonders mit Leutnant Kloss zusammengetroffen. Derselbe erzählte mir, daß man gerade in der Infanterieschule die ultramontane Gefahr kurz als die weiß-blaue Gefahr bezeichnet habe, und deshalb habe er bei seiner Vernehmung einer irrtümlichen Auffassung des Ausdrucks Eggenz Ludendorff gerade diese Worte in den Mund gelegt, während General Ludendorff die Zentumspolitik gemeint habe.

Oberleutnant Frhr. v. Berchem, Kommandeur des 1. Bataillons des Infanterieregiments 19, erklärt es als eine Verleumdung, daß Oberleutnant Braun den Oberleutnant Casella erschossen habe. Die Verteidigung macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß Braun die Äußerung, er werde „die Bande kaltblütig niederschließen lassen“, zuerst abgelehnt, dann aber auf das bestimmte Zeugnis des Majors Siry als möglich zugegeben habe.

Zeuge: Der Befehl zu schießen, falls von der anderen Seite geschossen werde, wurde von General Danner gegeben.

General Ludendorff: Ich stelle fest, daß der Befehl zum Angriff auf das Wehrkreiskommando von General Basso unterzeichnet ist.

Zeuge v. Berchem: Das ist möglich. Ich kann mich nicht erinnern. (In wegwerfendem Ton zu Ludendorff:) Eggenz würde es jedenfalls auch so gehen.

Rechtsanwalt Kohl: Ich hätte noch verschiedene Fragen an den Zeugen Berchem, ich lehne es aber ab, mich mit einem Zeugen abzugeben, der sich gegen Se. Exzellenz General v. Ludendorff so benimmt.





Zeuge Leutnant Alois Eder wurde in der Nacht zum 9. November von Oberleutnant Kriebel vom Wehrkreis-Kommando in die Kaserne der Reinzehner geschickt, um mit Vossow zu sprechen. Vossow habe erklärt, das Wort sei nun einmal gebrochen und keine Verständigung mehr möglich. Der Zeuge wurde in der Kaserne festgenommen.

Rechtsanwalt Luettegbrun: Ist in der Kaserne das Wort gefallen: „Mit Rebellen wird nicht verhandelt!“

Zeuge: Das Wort Rebellen ist gefallen.

Gegen die Verteidigung des Zeugen Polizeimajor Imhoff erhebt die Verteidigung Einspruch auf Grund seiner Aussagen in der geheimen Sitzung; Imhoff würde in erster Linie in Frage kommen, wenn von Hochverrat gesprochen werde.

Das Gericht beschließt, Imhoff zu verurteilen.

Zeuge Imhoff: Am 8. November abends 9.15 Uhr erzählte mir im Polizeigebäude ein Kriminalbeamter von den Vorgängen im Bürgerbräu Keller. Ich alarmierte sofort die Landespolizei, worauf auch die Reichswehr alarmiert wurde und Truppen von auswärts berufen wurden. Ich veranlaßte die Befehle des Telegraphenamts und des Bahnhofs. Morgens 3 Uhr sei der Auftrag des Generalstaatskommissars eingetroffen, Pöhner und Fried zu verhaften. Die Landespolizei sei von Anfang an gegen das Unternehmen gewesen.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Böhm, warum Oberst Oberst Banzler seine tatsächliche telefonische Besprechung mit Oberst Seißer abgelehnt habe (in der die Verhaftung Frieds und Pöhners angeordnet wurde), schweigt der Zeuge.

Justizrat Schramm: Ist Ihnen bekannt, daß auch durch die Landespolizei der Befehl gelaufen ist, daß General Ludendorff zu verhaften sei, wenn er betroffen wird?

Zeuge: Ja wohl. Es ist gegen Morgen zwischen 4 und 5 Uhr nach ein Fernspruch des Generalstaatskommissars für die Polizeidirektion an das Kommando übermittelt worden. Er betraf den Grenzverkehr, die Eisenbahnüberwachung und enthielt außerdem die Namen einiger Persönlichkeiten, die in Haft zu nehmen sind, wo sie getroffen werden. Ich erinnere mich an die Namen General Ludendorff, Oberlandesgerichtsrat Pöhner, Oberamtmann Fried, Major Hühlein, Hauptmann Böhm und noch ein paar andere Namen.

Justizrat Schramm: War der Befehl so allgemein, daß er von jedem Landespolizisten vollzogen werden mußte? Zeuge: Er war klar gegeben. I. R. Schramm stellt fest, daß demnach jeder einfache Soldat den General Ludendorff hätte in Haft nehmen können. Auf eine Frage des R. A. Hemmeter gibt der Zeuge an, er habe schon vor dem 6. November Kenntnis erhalten, daß Kahr etwas beabsichtige.

R. A. Hemmeter: Ist Herr Pöhner in die Polizeidirektion etwa mit einer bewaffneten Schaar gekommen?

Zeuge: Darauf kann ich keine Antwort geben.

R. A. Hemmeter: Das ist wirklich auffallend. Wissen Sie, wer der Verfasser der „weiß-blauen Schrift“ ist?

Zeuge: Die Schrift ist mir bekannt. Ueber den Verfasser Aussagen zu machen, verbietet das Amtsgeheimnis.

Vorsitzender zum Zeugen: Was hat das mit dem Amtsgeheimnis zu tun?

Die Verteidigung wird die Frage in der geheimen Sitzung wiederholen. Sie beantragt die sofortige Haftentlassung des Oberamtmanns Dr. Fried und Brückners.

Die Verhandlung wird auf Montag vormittag 8 1/2 Uhr vertagt.

### Erster Verhandlungstag

#### Vernehmung des Generals von Löffow

##### Das Direktorium und sein Programm

Zu Beginn der Verhandlung am Montag gab Justizrat Schramm von einer Zuschrift der Mutter des verstorbenen Leutnants Casella Mitteilung, in der festgelegt wird, daß die Mutter nie mit Oberleutnant Braun gesprochen hat. Die Angabe Brauns, die Mutter werde nicht mit Verachtung an ihn (Braun, der Casella erschossen haben soll) denken und nicht glauben, daß Braun der Mörder sei, sei also unwahr.

Auf Ersuchen des Reichsministers der Justiz wird vom Vorsitzenden bekannt gegeben, der in einer Zuschrift des Hauptmanns a. D. Funk genannte Unteroffizier Ebert sei kein Kesse des Reichspräsidenten. Ebert der Reichspräsident habe, seinen Namen namens Ebert der am Kriege teilgenommen oder als Soldat gedient habe. Augenscheinlich habe sich ein Unteroffizier als Kesse des damaligen Reichstagsabgeordneten Ebert ausgegeben versucht, um sich interessanter zu machen, oder aus irgend welchen anderen Gründen.

Rechtsanwalt Gademann gibt folgende Erklärung ab: Wir stehen am Beginn des wichtigsten Abschnitts des Prozesses. Die drei Kronzeugen des Staatsanwalts (Kahr, Vossow und Seißer) sollen in dieser Woche vernommen werden. Bevor in diese Vernehmung eingetreten wird, ist es meine Pflicht, als Verteidiger darauf hinzuweisen, welches Schlussergebnis bis jetzt vorliegt. Es wurden verschiedene Sitzungen abgehalten, in denen Zeugen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen worden sind. Bedenken Sie, daß diese Zeugen unter Eid etwas ausgesagt haben, was nicht zu Ungunsten der Angeklagten war. Der Staatsanwalt möge die Lage in dieser Richtung würdigen.

Staatsanwalt Stengel: Die drei Herren sollen nicht als Zeugen gegen die Angeklagten vernommen werden, sondern um die Wahrheit ans Licht zu bringen.

#### Das Gericht tritt darauf in die Vernehmung des

##### Generalleutnants a. D. Otto von Löffow

ein. Er wird zunächst unverdächtig vernommen.

Zeuge von Löffow erklärt, einen Teil seiner Aussagen wolle er in nichtöffentlicher Sitzung machen. Dann fährt er fort: In den letzten Monaten vor dem 8. November, d. h. seit Sommer 1923, war ich von befreundeter Seite aus dem Norden benachrichtigt worden, daß man die Rettung aus dem immer unmöglicher werdenden Verhältnissen in Deutschland nur erlasse von einem rechts eingestellten, rein nationalen Direktorium, das mit kommissarischen Vollmachten ausgestattet und von parlamentarischen Einflüssen und Hemmungen unabhängig sein sollte. Das Direktorium, nur aus wenigen, vollkommen gleichartig eingestellten Männern bestehend, sollte nicht durch einen Putsch herbeigeführt werden, sondern auf Grund der Möglichkeiten, die Artikel 48 der Verfassung gibt. Das Programm war in kurzen folgenden: An der Spitze sollte ein Mann stehen, der einen Namen nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland hatte. Eine erste Autorität sollte die Finanzen und die Währung samenten, eine andere für die Ernährung sorgen, eine dritte die Staatsbetriebe in Gang bringen, eine vierte endlich den gesamten Staatshaushalt von den Revolutionsgewinnern usw. säubern. Endlich waren vorgesehene wirtschaftliche Maßnahmen für die Befestigung des schematischen Achtstundentages, des beherrschenden Einflusses der Kräfte und Gewerkschaften. Ein kleiner Teil dieses Programms ist ja in den letzten Monaten unter dem Reichsausnahmestatus unter einer Art von Diktatur durchgeführt worden. Als das Generalstaatskommissariat geschaffen wurde, bei dem ich infolge meiner dienstlichen Stellung in vielen Dingen mitzusprechen durfte, wurde über diese Dinge gesprochen und es stellte sich alsbald die vollkommene Uebereinstimmung in der Auffassung zwischen Kahr, Seißer und mir heraus.

Auf drei Vorbedingungen, erklärt Löffow, habe ich immer hingewiesen: Sie waren: 1. Die geeigneten Männer für das Direktorium, die Autoritäten in ihrem Fach sein mußten, mußten gefunden werden und willig sein, diese Ämter zu übernehmen. 2. Das Programm mußte nicht nur in nebelhaften Umrissen, sondern gründlich durchgearbeitet bestehen. Die Persönlichkeiten, die hierfür in Betracht kamen, mußten die unbedingte Gewähr haben, daß die Reichswehr geschlossen hinter diesem Direktorium stehe.

Aus diesem Programm haben nun Leute, die in politischen Versammlungen den Mund nicht weit genug aufreißen können, die in ihrem überhöhten Patriotismus das nächste Denken verlernt haben und deren Triebfeder politischer Ehrgeiz war, das Schlagwort vom „March nach Berlin“ gemacht. Dieses Schlagwort hatte für mich etwas Kindliches. Aus ihm sprach Mangel an Urteil für das Mögliche und für das Erreichbare. Ich persönlich möchte zum Ausdruck bringen, daß ich heute noch

der Ansicht bin, daß das Direktorium das Richtige für unsere Lage ist. — (Fortsetzung folgt.)

## Neue Nachrichten

### Die Wahl des Reichspräsidenten

Berlin, 10. März. Der Reichskanzler teilte verschiedenen Zentrumsabgeordneten mit, die Neuwahl des Reichspräsidenten sei erst nach den Reichstagswahlen und nicht vor August ds. Js. zu erwarten. Hierüber sei es Einvernehmen zwischen dem Reich und Bayern erzielt worden.

### Vertagung der Reichstagsauflösung

Berlin, 10. März. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilte Abg. Hermann Müller mit, Reichspräsident Ebert habe sich geweigert, den Reichstag vor Ende Mai aufzulösen. Reichskanzler Marx habe nachgegeben. Demzufolge werde auch die Reichspräsidentenwahl hinausgeschoben. Ebert habe in Aussicht gestellt, daß demnächst auch der zivile Ausnahmezustand aufgehoben werde.

### Der Kampf um die Arbeitszeit

Berlin, 10. März. Wegen Verweigerung des neunstündigen Arbeitstags sind nach Mitteilung des Gewerkschaftsverbands am Sonntag in Berlin weitere 3720, in der Provinz Brandenburg 8300 Ausperrungen vorgenommen worden.

### Hafenstreik in Hamburg?

Hamburg, 10. März. Die Hafenarbeiter haben den Schlichtungsanspruch des Schlichtungsamts auf neunstündige Arbeitszeit mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt, so daß mit einem allgemeinen Ausstand zu rechnen ist.

### Anerkennung zumutung

Mannheim, 10. März. Die französischen Militärbehörden haben den Gemeinden der Pfalz die Auflage erteilt, „Dorfschüsse“, die von örtlichen Militärbehörden an die Sonderkandlär gegeben wurden, zurückzuerhalten. Es handelt sich um beträchtliche Summen, so in Neustadt um 230 000 Goldmark, in Landau um 150 000 M usw. „Rückzahlung“ soll binnen 8 Tagen erfolgen.

### Sendung des Papstes

Rom, 10. März. Die „Tribuna“ berichtet, der Papst habe den Prälaten Pizzardo, den Stellvertreter des Kardinalstaatssekretärs, mit einem besonderen Auftrag an den Nuntius Pacelli in München geschickt. Er solle Fühlung mit den Führern der Zentrumspartei nehmen. Außerdem überbringe er eine ansehnliche Geldsumme für die Bedürftigen in Deutschland, besonders in der Pfalz und im Ruhrgebiet.

### Streitigkeiten unter den Sachverständigen?

Mailand, 10. März. Der „Corriere della Sera“ will wissen, unter den Sachverständigen in Paris seien erste Meinungsverschiedenheiten über die internationale Anleihe und die Goldnotenbank eingetreten, die die Festlegung des Berichts verzögern werden, was bei dem Sinken des Frankfurter Frank reich Schaden bringen würde.

### Das französische Gelddbuch

Paris, 10. März. Die Regierung hat ein Gelddbuch über die Verhandlungen betr. die „Sicherheit“ Frankreichs ausgegeben. Es enthält 46 Schriftstücke vom 10. Jan. 1919 bis 17. Febr. 1923. Voran steht die Denkschrift des Marschalls Foch vom 10. Januar 1919, der verlangt, daß der Rhein die militärische Grenze bilden müsse. Das bedeute noch nicht, daß das linksrheinische Land in französischen Besitz übergehen müsse, sondern es solle eine Sicherheitsfranke sein, die für die Gemeinschaft der demokratischen Nationen unerläßlich sei. Deutschland müsse der militärische Zutritt zum linken Rheinufer unmöglich gemacht werden, indem dieses von Frankreich und Belgien besetzt und Rheinstaaten errichtet werden, die sich an die Westmächte anzuschließen haben und durch eine Zollgrenze von Deutschland zu trennen seien. Alle Rheinbrücken sollen besetzt werden usw. — Die französische Regierung lehnt sich den Forderungen des Marschalls Foch an.

## Magnus Wörland und seine Erben

Roman von Günther von Hohenfels

„Ich halte es für meine Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ihr Neffe augenscheinlich in den Händen von Bucherern schlimmster Sorte ist —“

„Kam!“

„Jedenfalls mit solchen in Verbindung steht.“

„Woher wollen Sie das wissen?“

„Durch einen Zufall. Ich sah gestern bei einem Namensvetter von Ihnen, dem Friseur Wörland in der Tannenstraße.“

„Bitte, nur Namensvetter?“

„Natürlich — kurz, da tritt ein Briefträger herein, der seit Tagen einen Brief nicht los werden konnte, mit der Adresse: „An den Sohn des Kapellmeisters Walter Wörland, zurzeit in Bremen.“ Ich mußte Bescheid und sagte ihm, daß der Brief sicher für Ihren Neffen sei, dabei aber las ich den Absender und habe ihn mir gemerkt: Henry ten Winkel, Amsterdam. Ich habe zehn Jahre lang dort gelebt, da ist der gefährlichste Halsabschneider von ganz Holland; wer einmal in dessen Händen ist —“

Wörland war innerlich empört, wenn er auch äußerlich seine Ruhe bewahrte, aber seine Stimme war schneidend.

Herr Senator Sörensen, ich möchte Sie doch bitten, dergleichen Dinge, die direkt wie eine Schnüffelei aussehen, zu unterlassen. Ich denke, von wem und was für Briefe mein zukünftiger Schwiegerohn empfängt, ist lediglich dessen Sache. Im übrigen wäre ja dieser Brief selbst der klarste Beweis, daß mein zukünftiger Schwiegerohn den Mann gar nicht kennt, sondern höchstens fein verstorbener Vater.“

„Ich meinte es gut und hielt mich als Freund verpflichtet, zudem ich heut morgen im Kontor den Eindruck hatte, als sei der junge Herr merklich verärgert.“

„Wunder! Wer weiß, was in dem Brief gestanden! Gestern Verlobung und heut irgend einen Mahnbrief. Kann sein — der Vater war eben Künstler, aber der Sohn ist Kaufmann und er soll nicht darunter leiden, selbst wenn der

Alte mal leichtsinnig war, so schlimm kann's nicht sein, daß es die Firma Wörland nicht ertragen kann.“

„Guten Abend, Herr Sörensen, ich bin Ihnen für Ihre gute Meinung verbunden.“

Mit ziemlich gekränktem Gesicht schritt Herr Sörensen seiner Wohnung zu, während Wörland den Spaziergang noch fortsetzte. Jetzt war er zu erregt, um nicht Therese etwas zu verraten, und warum sollte die etwas wissen.

Der arme Junge! Und nun genierte er sich sicher, mit ihm zu reden, und er konnte ihm nicht einmal auf die Sprünge verheßen, ohne sich zu verraten. Pfui Teufel! Jetzt kam ihm wieder Sörensen ins Gedächtnis! Natürlich, der plagte vor Gift und Galle, weil — als ob Magnus je daran gedacht hätte! Oder er! Aee, Herr Sörensen, wir wissen sehr gut, warum Ihr geehrter Herr Sohn Alffessor wurde und nicht in väterliche Geschäft trat. Weil's zu Ende ist mit Sörensen u. Co. Da hätte ihnen eine Fusion mit Wörland gepaßt.

Wie er endlich das Haus betrat, sah er oben in Magnus' Biebestübchen noch Licht.

Der arme Junge! Da sitzt er sicher und brütet über den bösen Brief und ahnt nicht, wie gern ich ihm helfen würde, wenn er mir nur sagte, was los ist.

Magnus fand wirklich keinen Schlaf, er hatte die Mutter fragen wollen, aber die Frau Kapellmeister war mit Magna in Hamburg, um allerhand zu besorgen.

Der nächste Tag verging im Geschäft ziemlich einfürmig. Wörland senior beobachtete den Neffen und bemühte sich, ihm Gelegenheiten zu geben, sich ihm anzuvertrauen. Magnus verstand sein Wesen nicht, im Gegenteil, er hielt es für Argwohn, auch er war befangen, beide folgten einander mit den Augen und beide schwiegen.

Zu Tisch war es einsam, am Abend waren die beiden Alten bei Brinkmann und er allein — er fand keinen Rat und wollte mit einem Brief an ten Winkel auf alle Fälle warten bis seine Mutter zurückgekehrt war.

Am nächsten Morgen rief Magnus der Ältere den Neffen aus der Hauptkassette.

„Sag mal, verstehst du diesen Brief?“

Magnus sah den Briefbogen des Kommerzienrats.

Sehr geehrter Herr! Ihre Mitteilung überrascht uns auf das Höchste! Wir hatten bis gestern felsenhaft auf das amerikanische Geschäft gerechnet, zumal wir eine durchaus nicht ungünstige Auskunft aus Amerika erhielten. Natürlich können wir nichts machen, wenn Ihnen Ihre Auskunft maßgebend ist. Sie dürfen es uns aber auch nicht verdenken, wenn wir das Geschäft nunmehr mit andern Reedereien zu finanzieren suchen. Jedenfalls bitten wir um freundliche Rücküberweisung der bei Ihnen zu treuen Händen hinterlegten Mark Hunderttausend.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Werner Ziemessen, Kommerzienrat

Magnus starrte auf das Blatt.

„Wie ist das möglich?“

„Das frage ich dich.“

„Das sieht doch so aus, als hätte der Kommerzienrat sich

bis gestern an die Sache geglaubt.“

„Und du hast ihm doch das Geld —“

„Aber natürlich — ich habe doch den Brief —“

„Hol doch einmal her —“

Magnus lief an den Tresorschrank und kam mit einem verriegelten großen Koffer zurück.

Hier ist alles drinnen, die zurückgegebene Urkunde, die Quittung über das Geld und der Brief von Ziemessen, ich habe es an dem Abend alles zusammen eingepackt und mit in mein Zimmer genommen, weil ich dachte, du wollest es noch sehen.“

„Also öffne bitte.“

Die Papiere waren zusammengepackt.

Hier Unkel, das Dokument.“

Der Kommerzienrat prüfte.

„Ganz recht, das ist das Dokument, das ich an jenem

Abend selbst geschrieben und Ziemessen übergeben habe.“

„Und hier ist die Quittung über die hunderttausend Mark

von Ziemessen unterschrieben und zum Ueberflus noch mit dem Empfangsvermerk vom Sekretär Berghausen.“

(Fortsetzung folgt.)



**Auf die Erwerbungen Wilsons und Bloch Georges** (die im Gelbbuch weggelassen sind) wird in einem weiteren Schriftstück vom 17. März ausgeführt, die Besetzung des linken Rheinuferes sei von dem übrigen Deutschland ganz verschieden; sie fürchte den Militarismus und die Kriegsabgabe, habe besondere Wirtschaftsinteressen und liebe die ihr augenblicklich preussischen Beamten nicht. Deshalb treten hier Postenbesetzungen auf. Deshalb sollten hier unabhängige Staaten geschaffen werden. Das mache in England und Amerika Sorge, aber der ganze letzte Krieg lehre, daß der Rhein nicht nur die militärische Grenze Frankreichs und Belgiens, sondern auch der Demokratien jenseits des Meeres sei.

In einem andern Schriftstück wird die Ansicht hoch vertreten, wenn man das nördliche Besetzungsgebiet freigegeben würde, so würde man auf den Zutritt zum reichsten Gebiet Deutschlands (Ruhrgebiet) verzichten. Frankreich würde dann nicht weiter drohen können und auf die Beschlagnahme der Quelle des deutschen Reichtums verzichten. Nach 15 Jahren würde schließlich (nach dem Friedensvertrag) das ganze linksrheinische Gebiet geräumt werden und Frankreich stünde wieder mit seinen Grenzen von 1870 d. h. ohne jede militärische Sicherheit da.

#### Änderung der französischen Ernährungsverordnung

Paris, 10. März. Der Finanzausschuß des Senats hat die von der Regierung verlangten Vollmachten für die Durchführung der Finanz- und Steueränderungen im Verordnungswege mit 18 gegen 7 Stimmen abgelehnt, obwohl Poincaré wiederholt erklärt hatte, er werde zurücktreten, wenn der Senat die von der Kammer bereits genehmigten Vollmachten ablehne. Der Ausschuss hat die Vorlage so abgeändert, daß dem Parlament die Entscheidung über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen bleibt.

#### Änderung der französischen Ernährungsverordnung

Paris, 10. März. Der Finanzausschuß des Senats hat die von der Regierung verlangten Vollmachten für die Durchführung der Finanz- und Steueränderungen im Verordnungswege mit 18 gegen 7 Stimmen abgelehnt, obwohl Poincaré wiederholt erklärt hatte, er werde zurücktreten, wenn der Senat die von der Kammer bereits genehmigten Vollmachten ablehne. Der Ausschuss hat die Vorlage so abgeändert, daß dem Parlament die Entscheidung über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen bleibt.

#### Militäraufstand in Irland

London, 10. März. Nach einer Meldung aus Dublin haben 900 Offiziere, die entlassen wurden, in den Kasernen Waffen und Munition an sich genommen und die Wälder um Dublin besetzt. Die Regierung hat Truppen gegen sie aufgebotsen und die Verhaftung des Generalmajors Liam Lynch und des Obersten Dalton verfügt.

#### Venzelos geht

Athen, 10. März. Die Zeitungen veröffentlichen einen Brief Venzelos an den früheren Ministerpräsidenten Katsfandaris: Er habe geglaubt, dem Land nützen zu können, habe sich aber getäuscht, da er nicht einmal von seinen früheren Freunden unterstützt worden sei. Er wolle sich auf unbestimmte Zeit vom Leben zurückziehen. — Man glaubt, wenn das neue Kabinett eine Mehrheit finde, werde es der Kammer eine Gesetzesvorlage machen, die die Monarchie abschafft. Eine Volksabstimmung hätte dann das Geleise zu bestärken. Venzelos ist nach Cannes (Südfrankreich) abgereist.

## Württemberg

Stuttgart, 10. März. **Verwaltungsvereinfachung.** Das Amt für Wasserversorgung wird ab 1. April an die Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau angeschlossen.

**Tod in der Fremde.** Der am 1. Februar in den Ruhestand getretene Finanzrat Reppier hatte mit einigen Freunden eine Reise nach Rom unternommen. Dort ist er nach kurzer Krankheit im Alter von 70 Jahren gestorben und auf dem deutschen Friedhof beerdigt worden.

In der Holzindustrie ist auf Grund der 48stündigen Arbeitswoche bei Erhöhung des Stundenlohns um 6/3 eine Einigung zustande gekommen. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

**Waffenlager.** In einem Haus der Ulgenstraße in Stuttgart haben Polizeibeamte ein kommunistisches Waffenlager ausgehoben, bestehend aus 11 Infanteriegewehren, 3890 Schuß Munition, 700 Schuß für Pistolen und 35 scharf geladene Handgranaten. Vor kurzem wurden Waffenwerkstätten in Stuttgart, Feuerbach und Möhringen a. F. entdeckt.

**Vom Tage.** Cde Christoph und Hauptstätterstraße wurde ein Mann von einem Kraftwagen totesgefahren.

Stuttgart, 10. März. Richter und Landwirte. Justizminister Beyerle schreibt im „Staatsanzeiger“: In der „Schwäb. Tageszeitung“ vom 9. März wird in einer Anfrage an den Justizminister die Behauptung aufgestellt, der Zentrumsabgeordnete Andre habe in einer Versammlung die Auffassung ausgesprochen, daß anscheinend die starken Strafen gegen die Landwirte von den „deutschnational“ gesinnten Richtern nur deshalb ausgesprochen werden, damit die Landwirte scharf gemacht werden und mit Recht oder Unrecht gegen die Republik gehetzt werden könne. Ich kann nicht glauben, daß der Abg. Andre sich in dem Sinn ausgesprochen hat, wie es die „Schwäb. Tageszeitung“ darstellt. Jedenfalls aber stelle ich als meine Ueberzeugung fest: Niemand wird ein württ. Richter aus solchen Gründen ein Urteil fällen.

#### Aus dem Lande

Kornweithelm, 10. März. **Ueberfahren.** Der ledige 24 Jahre alte Stationsarbeiter Konrad Bellmann aus Wüdingen geriet am Freitag unter einen Eisenbahnwagen. Es wurden ihm beide Beine oberhalb des Knies abgefahren. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus Ludwigsburg eingeliefert werden.

Nedarzulm, 10. März. **Sie trinken ihn selber.** Ein hiesiger Gasthofbesitzer hat der Nedarzulmer Weingärtner-Genossenschaft den gesamten Vorrat an besseren Sorten (ca. 90 Hektoliter) zum Durchschnittspreis von 400 M für den Eimer abgekauft. Die Nedarzulmer freuen sich, die erntefähigen Weine selbst trinken zu können.

Gmünd, 10. März. **Warendiebstähle.** In einer ganzen Anzahl offener Verkaufsstellen ist man Warendiebst

schäden durch Verkäuferinnen auf die Spur gekommen. Die Angelegenheit nimmt großen Umfang an.

**Altersheim.** Das Smänder Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern von Untermarkt, das bisher schon den Zwecken der Altersversorgung gedient hat, soll nun als Altersheim ausgebaut werden.

Keullingen, 10. März. **Vermisst.** Seit 10 Tagen wird die 20jährige Tochter eines hiesigen Kaufmanns vermisst. Das Mädchen — es ist das einzige Kind der Familie — war in einem Bankgeschäft tätig und lehrte an jenem Tage abends nicht mehr nach Hause zurück.

Altschauen Olt. Saulgau, 10. März. **Den Vater erschlagen.** Am 29. Februar abends gab es in einer hiesigen Wirtschaft einen Streit zwischen dem 67 Jahre alten Privatier Wilhelm Schäfer und seinen Söhnen. Kunstmüller Gottlieb Schäfer hier, der schlachten wollte, wurde von seinem Vater tödlich angegriffen und verlor in der Abwehr dem Vater einen Schlag auf den Kopf. Auf dem Heimweg brach der Vater vor seiner Wohnung zusammen. Am folgenden Morgen wurde er in dem wuchtigen Zustand ins Krankenhaus verbracht, wo er noch am gleichen Tag starb.

Waldsee, 10. März. **Tollwut.** Der 12 Jahre alte Sohn der Frau Konditor Binder wurde von einem Hund des Sonnenwirts Wassermann gebissen. Beide Hunde des Wassermann wurden sofort erschossen und bei beiden die Tollwut festgestellt.

Weingarten, 10. März. **Gefährlicher Brand.** Nachts 12 Uhr brach in der Kaffeebrennerei Käpff Feuer aus, das die beiden Mälzereien mit 40 Zentnern Rogg völlig zerstörte. Die frühere Kaserne und der Dom waren in großer Gefahr.

Leutkirch, 10. März. **Brand.** In dem Weiser Riaden (Mitrach) ist das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Landwirts A. Bühler niedergebrannt. Das Feuer entstand in der Nähe des elektrischen Motors.



## Baden

Karlsruhe, 9. März. Die §§ 60 und 64 der badischen Verfassung handeln von dem Staatsgerichtshof. Dieser soll Streitigkeiten über die Mitgliedschaft im Landtag und über Ministeranklagen entscheiden. Jeder neu gewählte Landtag hat aus den Parteien des Landtags nach ihrem Stärkeverhältnis sieben Abgeordnete als Mitglieder des Staatsgerichtshofs und ebenso viele Stellvertreter zu wählen. In der gleichen Sitzung werden die drei richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs und drei Stellvertreter von dem Präsidenten des Landtags ausgelost. Mitglieder des Staatsministeriums sind nicht wählbar. Die Zugehörigkeit zum Staatsgerichtshof ist ehrenamtlich. Seine Entscheidungen sind endgültig. Der Landtag kann, auf Antrag von mindestens einem Viertel seiner Abgeordneten im Amt befindliche oder frühere Mitglieder des Staatsministeriums förmlich anklagen, und zwar kann die Anklage nur wegen einer durch Handlungen wissenschaftlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangenen Verletzung der Verfassung oder anerkannter, saffungsmäßiger Rechte oder schwerer Befähigung der Etablierung oder Wohlthat des Staates erfolgen, ebenso wegen Unterlassungen mit denselben Folgen. Die Anklage wird durch Amtsniederlegung oder Abberufung nicht berührt. Eine Niederschlagung des Verfahrens ist ausgeschlossen.

Der badische Landtag tritt am 20. März zur Eröffnung des diesjährigen Sitzungsabschnitts zusammen. — Der Landbund wird bei den Reichstagswahlen mit eigener Liste vorgehen.

Säckingen, 9. März. Der Bürgerausschuß von Wehr hat mit 22 gegen 22 Stimmen den Anschluß an den Bezirk Säckingen beschlossen. Das Zentrum stimmte fast ausnahmslos für den Anschluß.

Mehrfach, 9. März. Das Bohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Scheu auf Hof Grindelbach bei Buchheim ist abgebrannt. Außer dem Viehbestand wurde nichts gerettet.

Heidelberg, 9. März. Wegen Christbaumwuchers wurden mehrere Händler zu Gefängnis von 2 Tagen bis 1 Monat und Geldstrafen von 50 bis 300 M verurteilt. Ein Grobhändler hatte an 1600 Bäumchen so viel verdient, als das Jahresgehalt eines mittleren Beamten ausmacht.

Waldbrunn, 9. März. Einige Gemeinden des Bezirks taupfen heftig für die Erhaltung des Amtsgerichts. Sie drohen mit dem Anschluß an Bayern, falls das Amt von der bad. Regierung aufgehoben werden sollte.

Hofenbühl, 9. März. Eine 13jährige Schülerin ist hier von einem tollwütigen Hunde gebissen worden.

Heberlingen, 9. März. In Doggenhausen wurden vier Schulkinder an einem tollwütigen Hunde gebissen.

## Notales

Waldbrunn, den 11. März 1924.

**Zusammenschluß.** Sämtliche Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe des Württ. Pioniervereins sind dem Verein ehemaliger Soldaten und Kriegsteilnehmer beigetreten. Ein schönes Zeichen unter Kameradschaftlichkeit!

**Abbau der Zwangsbewirtschaftung von Milch.** Das württ. Ernährungsministerium hat mit Wirkung vom 15. März an die Beschränkung der Verfütterung von Milch an Tiere, die Befugnis der Landesversorgungsstelle zum Verbot der Verarbeitung von Milch zu Butter, zur Schließung von Zentrifugen und Buttermaschinen und zur Umstellung von Friedensmilchlieferungen an andere Empfangsorte aufgehoben. Weiterhin werden beseitigt die Beschränkungen in der Herstellung von Käse, mit Ausnahme der Bestimmungen über die äußere Kennzeichnung der Waren (Angabe des Fettgehalts usw.). Aufgehoben wird ferner die Verpflichtung der Gemeinden, die unter der Zwangsbewirtschaftung getroffenen Maßnahmen zur Verteilung der Milch weiterzuführen und die Milch grundsätzlich aus der Ortsammelstelle und nur gegen Bezugschein oder auf Grund einer Kunden-

liste an genau bestimmte Klassen von Milchverforgungsberechtigten und in bestimmten Mengen abzugeben. Unverändert erhalten bleibt dagegen vorläufig die log. Kontingenzierung, d. h. die Vorschrift, daß Milch aus bestimmten Ueberzeugungsgemeinden nur nach bestimmten Bedarfsgemeinden geliefert werden darf. Ferner bleibt bestehen das Erfordernis der Verhandlungsgenehmigung für Milchzeugnisse nach Orten außerhalb Württembergs und endlich die Befugnis, anzuordnen, daß bisherige Verarbeitungsämter zum Milchverkehr geliefert wird. Für einen weiteren Abbau an den Vorschriften über den Verkehr mit Milch- und Milchzeugnissen wird bei Eintritt der Grünfütterung die Zeit gekommen sein.

**Auswanderung.** Die Einwanderungskommission in Neunort hatte neuerdings angeordnet, daß die Unterfuchung der Schiffsreisenden zweiter Kajüte künftig ebenfalls auf der Ellis-Insel vorgenommen werde, wo der Strom der Einwanderer dritter Kajüte untersucht wird, bevor er die Gelaubnis zum Betreten des Landes erhält. Bisher waren die Reisenden zweiter Kajüte besonders untersucht worden. Auf entsprechende Einsprache der Schiffsahrtsgesellschaften hat man die neue Anordnung wieder aufgehoben und den Reisenden zweiter Kajüte werden fortan in der ersten Kajüte untersucht. Der amerikanische Kommissar will aber kein Schiff untersuchen, das nach Sonneneingang eintrifft.

**Der Vorkühler im Wasserglas.** Alles wundert sich immer, daß ich den ganzen Winter lang, während draußen Schnee und Eis harren, den vollen Reichtum des Frühlings neben meinem Fensterhock im Zimmer habe, wo nicht gar keinen süßen Duft. Und doch kann das jedermann haben; und die Probe darauf zu machen, ist eben jetzt die allerbeste Zeit. Denn in geschützten Lagen warten die Frühblüher nur darauf, daß die Sonne es mit ihnen gut meint, um ihre Hüllen zu sprengen. Am vier Wochen dem Laufe der Natur vorauszuweisen, ist da keine große Kunst, vorausgesetzt, — daß man nicht völlig abgestorbene Zweige ins Wasser steckt. Der Kundige sucht sich seine Zweige in der selber zusammen, da und dort, nach genauer Wahl. Nicht zu groß, aber voll behangen, gelbliche Enden werden gekappt. Und zu Hause badet er sie ab und zu, draußen wässert sie ja auch unablässig der Regen —, daß ihre winterliche Rinde geschmeidig wird wie Kinderhaut. Dann ein helles Glas und ein sonniger Fensterplatz und es mühte nicht mit rechten Dingen zugehen, sollte man nicht Wunder erleben. Da wirft über Nacht das Weidenkätzchen seine lappige, fleise Schabrade ab, blüht sich auf, puzt sein graues Fellchen silberblank und zulezt prunkt es gar in goldenen Schmelze. Nicht minder lebendig reden und strecken sich die Schächchen am Zweig vom Hahnenkamm. Gar erst die Knospen vom Kornelkirschenbaum! Das sind die richtigen Kinderwiegen. Erst bersten die winzigen, harten, schwarzlichen Bällchen die Kreuz, dann die Quer; schon drängen und quellen noch viel winziger goldene Köpfschen ans Licht, dühendweis, unaushaltbar; reden die Hälsschen, öffnen die Augen und das Mäulchen, lachen übers ganze Gesicht; am andern Morgen, wenn die Sonne wieder drauf scheint, krablt Stern bei Stern.

A. F.

## Allerlei

**Ein Neffe des Kaisers Bankbeamter.** Neunortler Mütter berichten, ein Sohn des Prinzen Heinrich von Preußen (Bruder des Kaisers) sei unter dem Namen Wolfgang Wildhof in einem Gasthof in Neunort abgetrieben. Zeitungsbekanntmachungen gegenüber soll er mitgeteilt haben, er habe das Bankfach gelernt und arbeite in dem Bankhaus Warburg in Hamburg. Er besitze keine amerikanischen Papiere, noch habe er Geld in Amerika angelegt. — Prinz Heinrich hat zwei Söhne, Prinz Waldemar, geb. 1889, und Prinz Egidmund, geb. 1896.

**Verurteilung.** Der hervorragende Wasserbautechniker Dr. Engels in Dresden, der wegen Erreichung der Altersgrenze am 1. April in den Ruhestand treten muß, ist von der chinesischen Regierung berufen worden, um ein wissenschaftliches Gutachten über die Ströme Hoangho und Wehor abzugeben, deren Lauf geregelt und für die Gewinnung elektrischer Kraft nutzbar gemacht werden soll.

**Ein wackerer Mann.** Unlängst wurde bekannt, daß die Mutter des gefallenen Fliegerhelden J m m e l m a n n, die durch die Geldentwertung, bzw. die dritte Steuernotverordnung ihr ganzes Vermögen verloren hat, sich in sehr bedrängter Lage befindet. Ein Herr Emil Dix aus Dortmund, der in seine Vaterstadt Edersthal (Prov. Sachsen) zu übersiedeln gedenkt, wird nun Frau Jmmelmann in sein Haus aufnehmen, um seine Dankeschuld gegen das Vaterland und die Helden des Weltkrieges abzutragen.

**Eine Erinnerung.** Am 10. März 1894 legte Graf Zeppelin den ersten Luftschiffsplan einer Prüfungskommission in Berlin vor. Die Kommission erklärte die Pläne für sehr beachtenswert, aber nicht ausführbar.

**Sepp Derler,** der frühere kommunistische Ministerpräsident in Braunschweig, gibt jetzt in Holzminde eine deutschvölkische Botszeitung „Hammer und Schwert“, Blatt der schaffenden Stände des deutschen Volks, heraus.

**Bevölkerungsrückgang.** Seit einigen Wochen sind in Berlin die Sterbefälle häufiger als die Lebendgeburtten. In der Woche vom 10. bis 16. Februar, dem letzten Abschnitt, den das Statistische Amt bearbeitet hat, sind 737 Kinder lebend geboren, 1044 Personen gestorben, darunter 135 an Tuberkulose. Selbstmorde wurden 20 gemeldet.

**Deutsche Dampfer in Senot.** Nach den Mitteilungen eines in Geestmünde eingetroffenen Lübecker Fischdampfers ist eine Anzahl deutscher Fischdampfer in den isländischen Gewässern in furchtbare Stürme geraten. Mehrere Dampfer wurden vom Sturm und der Brandung vollkommen in die Höhe gehoben und kieloben ins Meer geschleudert. Alles, was sich auf den Schiffen befand, fand den Tod in den Wellen, die Schiffe sind verloren. Auch ein Geestmünder Dampfer kam in große Gefahr, nur der Kaltblütigkeit des Kapitäns, der fünf Tage und Nächte auf der Kommandobrücke stand, und den fast übermenschlichen Anstrengungen der Mannschaft gelang es, der Gefahr zu entkommen. Eine Anzahl weiterer Dampfer sind vor Island gestrandet und haben schwere Schäden erlitten.

**Vier Wochen im Eis eingeschlossen.** Das deutsche Linienschiff „Braunschweig“ in Kiel hat viele in Eisnot geratene Schiffe in der Ostsee gerettet. In besonderer Not befand sich das Kieler Schiff „Maria Eleonore“, das seit dem 6. Februar in ein großes Eisfeld eingeschlossen war und mit diesem hin und her getrieben wurde. Als die „Braunschweig“ mit vieler Mühe sich den Weg zu dem Schiff gebahnt hatte, fand sie die Besatzung völlig erschöpft und ohne alle Lebensmittel.



**Die Einheitsfahrschrift.** Der Bund für Rationalfahrschrift hat an den Reichstag eine Eingabe gemacht gegen die Absicht des Reichsministers des Innern, die Schrift Gabelberger-Stolze-Schren durch Verordnung festzulegen. Die Eingabe verlangt, daß nach wissenschaftlichem Verfahren Vergleichsarbeiten von bewährten Kräfte abgehalten werden, und dann soll erst entschieden werden, welche Schriftart als die beste allgemein einzuführen sei. Der Reichstagsausschuß für das Bildungswesen hat die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

**Kirche und Presse.** Vom 5. bis 7. März fand an der Berliner Universität ein vom Coang. Presbyterium für Deutschland veranstalteter Presserkurs statt, an dem etwa 200 Tageschriftsteller, Schriftleiter, Pfarrer und Studenten aus allen Teilen des Reichs teilnahmen. Ueber den Hauptgegenstand „Kirche und Presse“ berichteten eingehend Direktor Hinderer und der Vorsitzende des Reichsverband der deutschen Presse, Hauptgeschäftsführer V. Baeder. Auf der einen Seite wurde sachverständige Mitarbeit der kirchl. Kreise, Bestrebungen für die Sonderart jeder Tageszeitung und persönliches Vertrauen zu den Schriftleitern erwartet; als Wünsche der Kirche wurden bezeichnet: Pflege der Ehrfurcht, gerechte Berücksichtigung des kirchlichen Lebens, ein Reglement des öffentlichen Gewissens.

**Erdbeben.** Die Erschütterungen in Costarica dauern fort. Im Gebirge zwischen Puntá, Arena und San José ist ein neuer feuerpeleuder Berg entstanden.

**„Strahlungsionen“ gegen Erkältungen.** Ueber ein neues Mittel zur Behandlung von Erkältungskrankheiten berichtet Dr. Groß in der Münchener Medizinischen Wochenschrift. Er bediente sich der jetzt überall im Handel zu niedrigen Preisen erhältlichen „Strahlungsionen“. Wie man weiß, bestehen diese aus einem Hohlspiegel, in dessen Brennpunkt sich ein durch den elektrischen Strom zur Rotglut erhitzter, mit Metalldraht umspinnener Glühlörper befindet. Diese „Sonnen“ strahlen eine ziemlich erhebliche Wärme aus und dienen sonst zur Verwendung als elektrische Öfen. Da Wärme in der Heilkunde eine große Rolle spielt, so sind die Strahlungsionen schon seit geraumer Zeit zur Behandlung solcher Erkrankungen verwendet worden. Dr. Groß hat sie auch zur Behandlung von Erkältungskrankheiten benutzt und dabei sehr gute Erfolge erzielt, besonders bei Halsentzündungen, Luftröhren- und Kehlkopfkatarrhen. Sogar chronische Luftröhrenkatarrhe, die schon jahrelang jeder ärztlichen Behandlung gesponnet hatten, konnte er der Heilung zuführen. Die Anwendung der Strahlungsionen ist einfach. Der Patient setzt sich mit entkleidetem Oberkörper vor sie, so daß die ausgestrahlte Wärme die Brust und den Hals trifft. Die Entfernung von der Lampe ist je nach der Empfindlichkeit der Haut zu wählen. Es ist natürlich nicht rasch, die Entfernung zu kurz zu nehmen, da sonst Verbrennungen auftreten. Andererseits hat die Kühlung der Haut, die durch die intensive Bestrahlung in kurzer Zeit bewirkt wird, nichts zu bedeuten und braucht den Patienten nicht in Schrecken zu versetzen. Die Bestrahlung soll, je nach der Hartnäckigkeit und Schwere der Krankheit, in den ersten acht bis vierzehn Tagen etwa eine Viertelstunde täglich, dann in den zweiten Tag und nach vier Wochen, um Rückfall zu vermeiden, noch einen bis zwei Monate lang zweimal in jeder Woche erfolgen. Die Wirkungsweise der Strahlungsionen erklärt man sich so, daß durch die Erwärmung die Haut „aktiviert“ wird, d. h. daß die Bildung von Schutzstoffen, die die Krankheit bekämpfen, verstärkt wird.

**Der Fleischverbrauch.** Obwohl seit Dezember 1923 nach Einführung der Rentenmark der Umsatz auf den deutschen Schlachthöfen erheblich zugenommen hat, bleibt der Fleischverbrauch gegenüber dem Jahr 1913 noch weit zurück, und zwar beträgt die geringere Beschickung der Schlachthöfe bei Schweinen 44 Prozent, bei Schafen 38 Prozent, bei Rälbern 15 Prozent, bei Rindern 9 Prozent. Allerdings muß bemerkt werden, daß vor dem Krieg im allgemeinen viel zu viel Fleisch gegessen wurde.

**Sport**

Schlussspiele um die Meisterschaft von Süddeutschland  
 1. FK. Nürnberg — Stuttgarter Kickers 3:0  
 SpV. Frankfurt — SpV. Mannheim-Waldhof 0:1  
 Borussia Mönchengladbach — SpVgg Fürth 1:4  
 Sportklub Freiburg — Eintracht Stuttgart 2:1  
 Privatspiele  
 Normanna Omdorf — Stuttgarter Sportklub 2:4; Tabinger Sportfreunde — FB. Lattlingen 4:2; FB. 08 Unterkochen — SpV. Cannstatt 5:3; FK. Urbach 1 — VfR. Alten 1 8:5.  
 Mailand: Länderfußballspiel Italien — Spanien 0:0  
 Rugby  
 Turnverein Frankfurt 1890 — VfB. Stuttgart 0:3 (1 Versuch)

**Handelsnachrichten**

Dollarkurs Berlin, 10. März: 4,2105 Bill. Mk. Remort 1 Dollar 4,54. London 1 Pfd. Sterl. 12. Amsterdam 1 Gulden 1,67. Zürich 1 Franken 0,769 Bill. Mk.  
 Der französische Franken wurde am 10. März in London mit 120, unter der Hand mit 124 auf 1 Pfd. Sterl. (er erhöhte sich wieder auf 116,75) und mit 27,50 auf 1 Dollar bewertet. Das Pfund Sterling galt in Remort 4,274 Dollar.  
 Der Sturz des französischen Franken wird von italienischen Der französische Sporer wolle sein Geld nicht mehr in Staats-Wätern auf den Markt vermehrten Notenumlauf zurückzuführen, werten anlegen und die „Schwäche der nationalen Verteidigung“ seien fast nicht mehr verkäuflich. Der Finanzminister müsse daher zur Deckung des Staatsbedarfs immer neue Verleihen von der Bank von Frankreich nehmen, obwohl der Notenumlauf die gesetzlich zulässige Höchstgrenze von 41 Milliarden schon nahezu erreicht habe. Was soll dann werden.  
 Die Leipziger Messe. Die Zahl der Messebesucher hat Ende voriger Woche 170 000 überschritten.  
 Stuttgarter Börse, 10. März. An der heutigen Börse zeigte sich keine einheitliche Stimmung. Die Geldfrage beeinflusste auf der einen Seite die Börse ungünstig, während andererseits die Ausflüchte auf eine baldige Ermäßigung der Vorkursmehrer besser ausgefallen wurden. Kurserhöhungen stehen Kurserhöhungen gegenüber; nach beiden Richtungen waren die Veränderungen gegen Freitag unbedeutend. Der Markt der Festverzinslichen verkehrte in ruhiger Haltung. — Von den Bankaktien u. gewannen Hypothekendarlehen und Vereinsbank je 0,1. Das gleiche Bild zeigten Brauereiwerte, Eßlinger und Pfauen erhöhten sich um je 1, Hohenzollern um 0,25, Walle um 0,4. Von den Metallaktien sind keine nennenswerten Veränderungen zu berichten. Feinmechanik 20,1, Jungbusch 12,25 O., Württ. Metallwaren 50. Der Markt der Maschinenaktien lag mit Ausnahme von Daimler und Weingarten, die sich leicht befestigten, schwächer. Daimler 4,7, Magirus 3,2, Eßlingen 9, Weingarten 20. Textilaktien sind keine nennenswerten Veränderungen zu berichten. Es notierten u. a. Unterhans 63, Westfäl. 53 O., Kottner 45, Filz 43,5, Eßlingen 45, Kattun 130 O. Nahrungsmittelwerte lagen uneinheitlich, während Verkehrsaktien durchweg Abschwächungen aufzuweisen haben. Union 13, Deutsche Verlag 27. Der Markt der übrigen Werte zeigte ein geteiltes

Aussehen. Etwas fester Bad. Anilin 20,3, Zementwerk Heidenberg 15,75, Mannheimer Del 44,5, Södd. Holz 14,5, Schwäb. Bremen-Besigheimer Del 33 O., Redarwerke 7,75, Köln-Rottweil 11,25, Germania 14,8, Weag 8,8, Siegelwerke Ludwigsburg 12,5, Württ. Vereinsbank.

Stuttgart, 10. März. Landesprodukte börse. Angebot schwach, Nachfrage gering. Das ganze Geschäft erstreckt sich nur auf Deckung des laufenden Bedarfs. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 20-20,25 (am 6. März: 20-20,5), Sommergerste 21,75 bis 22,25 (21,75-22,50) Roggen 17,25-17,50 (am 6. März: 17,25 bis 14,75 (am 6. März: 17,25-17,50) (29,50-30,50), Brotmehl 26,25-27 (26,50-27,50), Kleie 9,25-10 (9-9,5), Weizenheu 8,5 bis 9 (am 6. März: 9-10 (am 6. März: 9-10), druckgepreßtes Stroh 5,50-6 (5,25-5,75).

Mannheimer Produktbörse, 10. März. Börse stark besucht, Geschäft jedoch schleppend. Verlangt wurden für die 100 Kilo baharfrei Mannheim in RM.: Weizen inländ. 19,10-20, desgl. inländ. 20,50-21,50, Roggen 17, 22-22,50, Mais 20. — Am Markt hat der weitere Rückgang des französischen Franken billige Angebote französischer Ware gebracht, wodurch der Markt etwas in Unordnung geraten ist. Verlangt wurden für die 100 Kilo Weizenmehl Spezial 0 von den Mühlen 28,50, für Roggenmehl 24,50. Bei der zweiten Hand lagen Angebote in Weizenmehl schon zu 27 M vor. Französisches Weizenmehl wurde ab Grenzstation mit 152-155 Franken angeboten. Kleie kostete 9,50 M die 100 Kilo. — Kolonialwaren: Kaffee Santos 3,70-4,20, desgl. gewaschen 4,50-6,20, Tee mittel 6,50-7, gut 7-8, fein 8-10 d. Kilo, Kakaos inländ. 2-2,20, holländ. 2,50, Reis Burma 0,38, Weizengrieß 0,37, Hartweizengrieß 0,42, Reisbrot 0,92.

Berliner Getreidepreise, 10. März. Weizen märk. 16-16,50, Roggen 12,80-13,50, Braugerste 17-18,20, Hafer 11,20-12, Weizenmehl 24,50-26,50, Roggenmehl 20,50-22,75, Kleie 7,00-10, Raps 29,5.

Mannheimer Schlachtviehmarkt, 10. März. Der Zutrieb betrug und es wurden für die 50 Kg. Lebendgewicht in Goldmark bezahlt: 225 Ochsen 28-46, 130 Bullen 32-42, 588 Kühe und Rinder 18-48, 350 Kälber 56-66, 103 Schafe 30-40, 1347 Schweine 38-75 G.M.

Schweinemärkte, Rottweil: Bei lebhaftem Handel wurde für das Paar Milchschweine 40-65 M bezahlt, in Spaichingen 20-28 M für das Stück, in Göggingen für das Paar Milchschweine 30-55 M, Käuferschweine 60-100 M. — Traillheim: Zufuhr 30 Kälber, 376 Milchschweine. Erstere galten 75-140, Milchschweine 40-86 d. P.

Mannheimer Pferdemarkt, 10. März. Zufuhr 148 Arbeits- und 45 Schlachtpferde. Arbeitspferde wurden mit 400-1800, Schlachtpferde bei ruhigem Handel mit 25-50 G.M. das Stück bezahlt.

Devisenkurse in Millionen

Berlin	8 März		10 März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	100 Guld.	156,61	157,39	156,61
Belgien	100 Fr.	13,63	13,73	13,67
Norwegen	100 Kr.	56,86	57,14	56,86
Dänemark	100 Kr.	65,93	66,27	65,94
Schweden	100 Kr.	109,72	110,28	109,87
Italien	100 Lira	17,96	18,04	17,76
London	1 Pfd. Sterl.	18,005	18,095	17,955
Newyork	1 Dollar	4,19	4,21	4,19
Paris	100 Fr.	15,56	15,64	15,76
Schweiz	100 Fr.	72,42	72,78	72,42
Spanien	100 Peseta	50,87	51,13	50,87
D. Oester.	100 000 Kr.	6,38	6,42	6,18
Prag	100 Kr.	12,21	12,29	12,21
Ungarn	100 000 Kr.	6,18	6,22	6,18
Argentinien	1 Peso	1,495	1,445	1,425
Tokio	1 Yen	2,995	1,906	1,906
Danzig	100 D. Guld.	72,02	72,38	71,82

Der „Wildbader Zeitung“ ging vom Gemeinderat folgende Berichtigung zu:

An die Redaktion der „Wildbader Zeitung“, Herrn Hermann Fröhlich

Gemäß § 11 des Pressegesetzes verlangen wir die Aufnahme folgender

**Berichtigung**

des Artikels in Nr. 26 Ihrer Zeitung, überschrieben „An unsere Leser“, unterschrieben „Die Redaktion“.

1) Es ist nicht wahr, daß der Stadtschultheiß den Schriftleiter Fröhlich boykottiert hat. Als Fröhlich im Frühjahr 1923 wegen seiner unerhörten Angriffe im „Wildbader Tagblatt“ gegen den Stadtschultheiß und den Gemeinderat beim Stadtschultheiß durch Gemeinderat Kappelmann um Verzeihung bat, sich bei letzterem unter Tränen zu jeder Buße und Zurücknahme bereit erklärte, wollte sich der Stadtschultheiß anfänglich der zahlreichen Familie des Fröhlich wegen hiezu herbeilassen, der Gemeinderat lehnte dies aber ab; außerdem erklärte Buchdruckerbesitzer Gatz, daß er den Fröhlich nicht mehr einstellen werde.

2) Es ist nicht wahr, daß der Stadtschultheiß es war, der das Zusammenfinden unmöglich machte. Auf die von der anderen Seite beim Stadtschultheiß gemachten Vermittlungsversuche erklärte dieser jedesmal, daß eine außergerichtliche Einigung bei der Größe der dem Gemeinderat und ihm zugesagten Beleidigungen nur durch völlige öffentliche Zurücknahme der Beleidigungen, Zahlung einer Buße und Erlegung der Kosten erfolgen könne. Dies geschah ganz im Sinne des Gemeinderats, der auf eine andere Einigung nicht eingehen kann. Wildbad, den 4. März 1924.

**Gemeinderat:**

Bähler Brachhold Kappelmann Riefer Schlüter Bechtle Chr. Schmid W. Eitel H. Großmann Bollmer S. Stephan W. Schill Carl Schanz Franz Vopp Dott.

Bin am Mittwoch, den 12. März von morgens 9 Uhr ab in der Villa Tannenburg und Donnerstag, den 13. März in Sprollenhaus. Naturheilkundiger B. Dürr, Hirsau.

**Invaliden-Versicherung.**

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß jeder Arbeitnehmer beim Austritt aus seiner Arbeitsstelle sich vom Arbeitgeber seine Quittungsurkunde ausändigen lassen und diese alsdann seinem neuen Arbeitgeber beim Eintritt übergeben muß. Hierbei hat der Arbeitnehmer Gelegenheit, zu prüfen, ob für ihn Beitragsmarken auch tatsächlich und vollständig gestellt sind.

Da dies bei späteren Rentenvorfahren oft von ausschlaggebender Bedeutung ist, so liegt es im eigenen Interesse der Arbeitnehmer, auf eine richtige und lückenlose Markenlegung stets bedacht zu sein. Wildbad, den 10. März 1924.

Ortsbehörde f. d. Arbeiter- u. Angestelltenversicherung in Wildbad.

**Erwiderung.**

Auf den Artikel „Der Wahrheit die Ehre“ in Nr. 57 dieses Blattes wird Herrn Fröh Krauß, Schlossermeister, von dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Wildbad, nahe gelegt, in seinen Zeitungsartikeln Ausdrücke, wie „Armer Kriegsinvalid“, in Zukunft zu unterlassen, da dieselben genau wissen, wie arm sie sind, und dieses nicht in jedem Heftartikel vor Augen geführt haben wollen. Auch lassen Sie sich von niemand ihre Existenzberechtigung in Frage stellen. Der Ausschuß.

**Berein ehem. Soldaten und Kriegsteilnehmer**

Wildbad.

Kameraden! In den letzten Monaten sind zahlreiche wichtige, in alle Lebensgebiete einschneidende Gesetze und Verordnungen erlassen worden. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei unserer Geschäftsstelle, Württ. Kriegerbund Stuttgart, Urbanstr. 12, eine

**Abteilung für Rechtsauskunft**

eingerichtet worden ist. Inanspruchnahme kostenlos; nur Rückporto ist beizufügen. Der Vorstand.

Von der Reife zurück! Dr. med. Lindl. Sprechstunden von 11 bis 12 Uhr.

**Conditorei und Café Bechtle.**

Alle Sorten nur vorzügliches Backwerk

In der Weinstube:

la. Rot- und Weißweine

u. a. z. Zt. von der Ingelfinger Weingärtnergesellschaft.

Forstämter Wildbad und Meßtern.

Nadelstammholz-Berkauf.

Am Donnerstags, den 20. März 1924 vormittags 9 Uhr in Wildbad, im Caffee Bechtle.

1. Forstamt Wildbad aus Staatswald I. Abt. Bord.- u. Hint. Nafstittelberg, Tuchmachersweg Christofshof, Unt. Gustrich u. Gustrich 1619 Ta. und 11-Stämme mit Fm.: 120 I., 106 II., 93 III., 81 IV., 81 V., 168 V., 108 VI., 59 Ta u. 11-Absch. mit Fm.: 4 I., 9 II., 13 III., 27 Fo-Stämme mit Fm.: 14 I., 15, II., 13 III., 2 Fo-Abschn. mit Fm.: 1 I. u. 1 II. Kl. 2 Forstamt Meßtern: aus Staatswald I. Wonne Abt. Heuhütte u. Mistweg 200 Fo-Stämme mit Fm.: 12 I., 60 II., 90 III., 33 IV., 6 V. Kl. 15 Fo-Abschn. mit Fm.: 5 I., 6 II., 3 III. Kl., 167 Ta-Stämme mit Fm.: 156 I., 61 II., 39 III., 18 IV., 14 V., 1 VI. Kl. 23 Ta-Abschn. mit Fm.: 17 I., 8 II., 4 III. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Evang. Kirchenchor

Heute abend 8 Uhr

Singstunde

für Damen.

Zuverlässiger

Pferdeflecht

kann sogleich eintreten.

Güterbeförderer Nig.

Leinfamen, gaaz,

Drogerol' Futterkalk.

Medizinischdrogerie, A. u. W. Schmit.

Ende Stelle als

Servier-Fräulein

in Hotel od. Weinrestaurant.

Bin 25 Jahre alt u. war in besserem Gasthof einige Jahre tätig.

Angebote unter X. X. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Höchste Tagespreise zahlen für

Altpapier Lumpen u. Knochen

Geschw. FLUM.

Anliefg.: Wilh.-Str. 173 (neben Bahnhofhotel).